



## Zusammenfassung Online-Diskussion vom 26.1.2021

### Zwischen Multilateralismus und Geopolitik – Eine Bestandsaufnahme der deutschen Afrikapolitik im UN-Sicherheitsrat (2019-2020)

**Hintergrund:** Frieden und Sicherheit in Afrika standen im Mittelpunkt der Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat 2019-2020. Oft handelte es sich um Fragen von strategischer Bedeutung für die deutsche und europäische Außenpolitik. Herausgefordert durch die großen geopolitischen Spannungen und die Covid-19-Pandemie, schwankte die Arbeit des Rates zu Afrika zwischen Gegensätzen und Zusammenarbeit. Gleichzeitig strebte die Afrikanische Union eine größere Rolle als Garant für Frieden und Sicherheit in Afrika an.

#### Highlights:

- Die Berliner Konferenz zur Konfliktlösung in Libyen ist auch ein Ausdruck der engagierten deutschen Afrikapolitik im UN-Sicherheitsrat.
- Unter der Ko-Federführung Deutschlands und Großbritanniens wurde ein geordneter Übergang von der UN-Mission *UNAMID* zu *UNITAMS* erreicht.
- Deutschland und die afrikanischen Staaten im UN-Sicherheitsrat arbeiteten in den Bereichen humanitäre Hilfe, Klima und Sicherheit eng zusammen.
- Die UN können nur unterstützen: Die Hauptverantwortung für Frieden und Sicherheit liegt bei den nationalen Regierungen in der Konfliktregion.
- Das deutsche Engagement für und in Afrika wird auch nach Beendigung der Sicherheitsratsmitgliedschaft auf hohem Niveau fortgesetzt.
- Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent werden regionaler; auch konflikteindämmende Maßnahmen müssen daher die jeweilige Region einbeziehen.

#### Begrüßung und Moderation

**David Schwake**  
Generalsekretär,  
*Deutsche Afrika Stiftung*

#### Diskussion

**Dr. Christoph Heusgen**  
Ständiger Vertreter der  
Bundesrepublik bei den  
Vereinten Nationen

**Bintou Keita**  
Assistant Secretary-  
General für Afrika,  
*Sekretariat der Vereinten  
Nationen*

**Dr. Gerrit Kurtz**  
Wissenschaftlicher  
Mitarbeiter,  
*DGAP*

## Die deutsche Afrikapolitik im UN-Sicherheitsrat

Afrika sei der Kontinent, der am häufigsten auf der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates stehe. Insbesondere gewaltsame Konflikte in Afrika würden die Tagesordnung dominieren. Deutschland sei im UN-Sicherheitsrat sehr stark bemüht gewesen, den Fokus auf afrikanische Länder zu legen, so **Botschafter Dr. Heusgen**. Deutschland habe keinesfalls allein die Flüchtlingsproblematik im Blick, sondern wolle die Entwicklung Afrikas insgesamt nachhaltig fördern. Als Beispiel nennt **Heusgen** den Berliner Libyen-Gipfel, der zur Verabschiedung einer Sicherheitsratsresolution zu Libyen geführt habe. Dies sei ein wichtiger gemeinsamer Schritt gewesen, der elementar zur Herbeiführung eines Waffenstillstands in Libyen beigetragen habe. Im Anschluss ging Dr. **Gerrit Kurtz** auf die Rolle und Ziele Deutschlands im Sudan ein. Hier habe man erreicht, dass die UN-Mission *UNITAMS* ins Leben gerufen wurde, die *UNAMID* ablöste, deren Mandat zum 31.1.2020 geendet habe. **Bintou Keita** stimmte **Kurtz** zu, dass die Etablierung der Mission *UNITAMS* ein Erfolg sei. Zudem betonte **Kurtz**, dass die Ko-Federführung, welche sich Deutschland mit Großbritannien teilte, maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen habe. Es sei zudem eine Leistung gewesen, dass Deutschland die Ko-Federführung übernommen habe, da die P5 üblicherweise nicht ihre Macht teilen würden, die sich auch im Innehaben von Federführungen ausdrücke. Allerdings seien trotz der Bestrebungen Deutschlands, der USA und Großbritanniens keine klaren Kriterien für einen reibungslosen Übergang zur Friedenssicherung geschaffen worden – Grund hierfür sei die sudanesishe Regierung gewesen, die diesen Übergangsprozess eigenständig regeln wollte, so **Kurtz**. Des Weiteren gingen **Heusgen** und **Kurtz** auf die Nachteile ein, welche mit dem schnellen Abbruch der UN-Mission *UNAMIDs* im Sudan einhergingen. Jüngste Massaker in der Konfliktregion Darfur wertete **Kurtz** als Indiz dafür, dass die Regierung, entgegen ihrer Aussagen, noch nicht in der Lage sei, die Zivilbevölkerung zu schützen. Auch **Heusgen** kritisierte den vorzeitigen Abzug der *UNAMID*-Truppen, welcher insbesondere von Russland, China und dem Sudan gefordert worden sei. Er sehe es als grundsätzliches Problem an, dass vor allem China stark auf nationale Identität und Prestige abziele und viele Länder es als Makel ansähen, auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates zu erscheinen. **Kurtz** fasste zusammen, dass der Sudan ein Beispiel dafür sei, dass zwar relative Erfolge sich nicht unbedingt wie Siege anfühlen, dennoch als solche angesehen werden könnten. *UNITAMS* sei ein solcher, relativer Erfolg gewesen.

## Das Auftreten afrikanischer Länder im UN-Sicherheitsrat

**Heusgen** sprach von einer engen Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern im UN-Sicherheitsrat – insbesondere auch bei thematischen Fragestellungen und zum Nahen Osten. Beispielsweise bei Fragen bezüglich Syrien, humanitärer Hilfe, dem Klima und Sicherheit habe man an einem Strang gezogen. Grundsätzlich würden die A3 intern sehr eng zusammenarbeiten und seien zu vielen Themen gemeinsam aufgetreten, so **Heusgen**. Dennoch gäbe es natürlich auch Meinungsunterschieden zwischen Europäern und Afrikanern. Während die europäischen Staaten im UN-Sicherheitsrat Konflikte wie beispielsweise den in Äthiopien schnell auf die Tagesordnung bringen wollten, würden sich die afrikanischen Vertreter zurückhaltender verhalten und die Verantwortlichkeit und Zuständigkeit der Afrikanischen Union betonen.

## Maßnahmen der UN, um die Interessen Afrikas in den Fokus zu rücken

**ASG Keita** betonte, dass sich afrikanische Länder in der UN mehr Gehör verschaffen könnten, wenn auch die Zusammenarbeit zwischen der Vereinten Nationen und der AU wachse. Ein Hauptaspekt bestehe darin, dass Rahmenvereinbarungen zur Konfliktlösung gemeinsam mit der AU ausgearbeitet werden müssten. Zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen UN und AU führe die UN momentan Analysen, Beratungen und Gespräche durch. Zudem gäbe es monatliche Treffen der A3 mit ihr, um die inhaltliche Arbeit des Sicherheitsrates vorzubereiten. Eine weitere Maßnahme könne die Unterstützung der AU-Sonderbeauftragten in den jeweiligen Ländern sein. Die AU wünsche zudem die Finanzierung der eigenen AU-Friedensmissionen durch die VN. Die Vereinten Nationen, so Keita, müssten Konfliktprävention und *Horizon scanning* intensivieren, um frühzeitig neue Entwicklungen aufzudecken, sie hinsichtlich potenzieller Chancen und Risiken zu bewerten, um dann daraus systematisch Handlungsoptionen abzuleiten, so **Keita. Heusgen** sprach von einem regen Austausch zwischen der UN und afrikanischen Ländern, wie z.B. Reisen des Sicherheitsrates nach Afrika im November 2019 zeigen würden. Die Hauptverantwortung für die Entwicklung in Afrika liege allerdings nicht beim VN-Sicherheitsrat, sondern bei den jeweiligen nationalen Regierungen. Die VN könnten letztlich nur schon bestehenden Entwicklungen unterstützen.

## Deutschlands zukünftige Arbeit in der UN

Die deutsche Afrikapolitik bei der UN gehe trotz Ende der deutschen Amtszeit im UN-Sicherheitsrat weiter, so **Heusgen**. Auch vor seiner Zeit im Sicherheitsrat habe sich Deutschland für Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent engagiert. Insbesondere nach den Libyen-Konferenzen in Berlin sei absehbar, dass Deutschland den Konflikt in Libyen weiter eng verfolgen werde. Des Weiteren werde das Engagement im Sudan fortgesetzt; DEU sei dort durch einen deutschen UN-Sonderbeauftragten jetzt prominent vertreten. Insgesamt sei davon auszugehen, dass Deutschland auch in Zukunft in Afrika aktiv sein werde; auch indem man die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der UN fördere, bilaterale Stränge zu Großbritannien und etwa dem in Afrika sehr aktiven Norwegen nutze und versuche, über Unterorganisationen der UN Einfluss zu nehmen.

## Herausforderungen für Afrika im Jahr 2021

**Keita** sprach davon, dass die Konflikte in Äthiopien, die Lage in Somalia und am Horn von Afrika insgesamt im Jahr 2021 an Bedeutung gewinnen könnten. Zudem seien die Sahelzone sowie der Golf von Guinea Regionen, die man beobachten müsse. Grundsätzlich stehe jedoch ganz Afrika wegen der Covid-19-Pandemie vor großen Herausforderungen. Daher sei es notwendig, nicht nur auf einzelne Länder zu blicken, sondern ganze Regionen einzubeziehen. Die Konflikte würden regionaler, sodass die Instrumente zu deren Beilegung ebenfalls über Ländergrenzen hinausgehen müssten.